

**Protokoll der 20. Sitzung der
Gemeindevertretung Waldems
vom Montag, den 31.03.2014 um 19.30 Uhr
in der Emstalhalle Wüstems**

Anwesend:

01. Raoul Nägele	14. Kerstin Lerch-Arndt, ab Top 4	
02. Joachim Nickel	15. Jürgen Hemming, ab Top 4	
03. Matthias Hedwig	16. Mustafa Dönmez	
04. Julia Hies	17. Marianne Kristandt	
05. Kai Volkmar	18. Karl-Heinz Harpf	
06. Wiebke Volkmar	19. Helmut Volkmar	<u>Entschuldigt:</u>
07. Maren Görg	20. Norbert Schwenk	Jörg Kotitschke
08. Stefan Moog	21. Heinz Grußbach	Christian Schneider
09. Klaus-Dieter Humm		Barbara Düren
10. Wolfgang Ninsa		Santosh Dönmez
11. Dr. Edmund Nickel		Anke Schmidt-Hohn
12. Wolfgang Deußenroth		Jens Dambeck
13. Reiner Schultheis		

somit anwesend: 19, ab Top 4 21

anwesend vom Gemeindevorstand:

Bürgermeister Werner Scherf
1. Beigeordneter Markus Hies
Beigeordneter Rolf Meister
Beigeordneter Norbert Hönge
Beigeordneter Titus Mertens

Entschuldigt:

Beigeordneter Bernd Heilhecker

anwesend von der Gemeindeverwaltung:

Brigitte Hörning
Kristin Cajiao-Arias
Fritz Flören
Günter Krieger
Jonas Rust und Svenja Hirschmann (Praktikanten)

„Idsteiner Zeitung“, Frau Nicolai

sowie 7 Zuschauer

Waldems, den 31.03.2014

Zu der auf heute um 19.30 Uhr anberaumten 20. Sitzung der Gemeindevertretung sind die Mitglieder am 25.03.2014 – also mindestens 3 Tage vorher – unter Angabe von Ort und Stunde der Sitzung sowie unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden. Das Gremium war mehrheitlich erschienen, sodass der Vorsitzende Raoul Nägele die Beschlussfähigkeit feststellen konnte. Er begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass Einsprüche gegen die Einladung und die Tagesordnung nicht vorgebracht wurden.

Die Tagesordnung wurde – unter Protokollführung der Verwaltungsbediensteten Brigitte Hörning – wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

Punkt 1 Betr.: Genehmigung und Unterzeichnung der Sitzungsniederschrift vom 12.02.2014

Die Sitzungsniederschrift vom 12.02.2014 wurde mit 18 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Punkt 2 Betr.: Anfragen gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung

Es lagen keine Anfragen vor.

Punkt 3 Betr.: Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Bürgermeister Scherf berichtete über aktuelle Sachverhalte und Beschlüsse des Gemeindevorstandes:

Abwasser --- Kanalbau

Bezüglich des Kanalsanierungsprogramms stehen die letzten Arbeiten an.

Die Kläranlage des AWW Obere Ems ist in die Jahre gekommen. Man sich entschieden, eine sogenannte Bypasslösung auf den Weg zu bringen und die beiden Verbände Obere Ems und Mittlere Ems zusammen zu legen. Diese Beschlüsse sind im letzten Jahr gefasst worden. Am 26.03.2014 fand eine Vorstandssitzung des AWW Obere Ems statt. Die Arbeiten zur Verlegung des Kanals von der Kläranlage Obere Ems bis zum Ortseingang Würges wurden ausgeschrieben und submittiert. Der Auftrag in Höhe von rund 1 Million Euro wurde an die Firma Triesch in Waldbrunn, den günstigsten Anbieter, vergeben.

Stromversorgung

Das Büro Hinkelmann wurde beauftragt sowohl für den Straßenbeleuchtungsvertrag als auch für den Konzessionsvertrag. Herr Hinkelmann ist noch bei der Bewertung. Voraussichtlich könne man sich in der nächsten Sitzung mit diesem Thema beschäftigen. Hierzu findet morgen noch ein Gespräch sowohl mit Herrn Hinkelmann als auch mit Vertretern der Süwag dem Bürgermeisters und dem 1. Beigeordneten statt.

Kindergarten

/hg

Zum § 28 HKJGB hat ein erstes Gespräch zwischen den Bürgermeistern der Idsteiner-Land-Kommunen am 04.02.2014 stattgefunden. Auch auf Kreisebene wird dieses Thema diskutiert. Der Rheingau-Taunus-Kreis bereitet eine Vereinbarung, der alle beitreten könnten, vor. Es werden verschiedene Varianten diskutiert. U. a. geht es auch um Beiträge aus der Vergangenheit. Weitere Informationen werden zu gegebener Zeit mitgeteilt.

Der Gemeindevorstand hat sogenannte Schließtage für die Kindergärten in Waldems beschlossen und zwar sind dies Brückentage (in der Regel freitags). Dies sind folgende Tage: 02.05.2014, 30.05.2014, 20.06.2014, 22./23.12.2014, 02.01.2015. Es wird ein Notdienst, voraussichtlich im Kindergarten Steinfischbach, eingerichtet.

In den letzten Jahren wurden Krippenplätze (Kiga Bernbach) und Plätze für U-3-Kinder geschaffen. Für die Erneuerung der Außenanlage des Kindergartens Bernbach für rund 14.000,00 Euro wurde der Auftrag an die Firma Fober vergeben, der Auftrag zur Anschaffung von Spielgeräten in Höhe von 7.000,00 Euro wurde der Firma Aukam erteilt.

Der Gemeindevorstand hat sich mit der Neufassung der Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen und Gebührenordnung der Gemeinde Waldems beschäftigt. Der Gemeindevorstand wird demnächst eine entsprechende Vorlage einbringen.

Feuerwehr

Der Feuerwehr-Bedarfsplan zeigt Handlungsbedarf u. a. in Niederems auf. Es wurde hier eine Kommission unter Leitung des Gemeindebrandinspektors Wolfgang Baum gebildet. Der Kommission gehören Mitglieder der Verwaltung und des Gemeindevorstandes sowie Herr Horrer vom Planungsbüro Horrer in Bad Soden an. Eine Lösung ist hier nicht ganz einfach. Der Gemeindevorstand wird sich mit der Problematik befassen.

Jagd in Waldems

Neuverpachtet zu den gleichen Konditionen wie bisher wurden die Jagdreviere im Ortsteil Esch und im Ortsteil Wüstems.

Punkt 4 Betr.: Niederschlagung von nicht einbringbaren Forderungen;
• Beschlussempfehlung GVO vom 10.02.2014

Bürgermeister Scherf erläuterte seitens des Gemeindevorstandes, dass es sich bei den nicht einbringbaren Forderungen im Wesentlichen um Forderungen an insolvente Bürger handle, bei denen keine Chance bestehe, sie einzuziehen. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament die Niederschlagung der in der Vorlage genannten nicht einbringbaren Forderungen.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass man der Empfehlung des Gemeindevorstandes gefolgt sei und einstimmig seitens des HFA dem Gemeindeparlament die Niederschlagung dieser nicht einbringbaren Forderungen empfehle.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion betonte, dass die nicht einbringbaren Forderungen ärgerlich seien und sprach sich dafür aus, über die unter Nr. 3 genannte nicht einbringbare Forderung gesondert abzustimmen.

Es kam zu folgenden Abstimmungen:

Niederschlagung der nicht einbringbaren Forderung Nr. 3: Mit 3 Nein-Stimmen und 18 Ja-Stimmen wurde diese Forderung niedergeschlagen.

Gesamt-Abstimmung über die nicht einbringbaren Forderungen (außer der Nr. 3, da bereits abgestimmt): Mit 21 Ja-Stimmen wurden diese nicht einbringbaren Forderungen niedergeschlagen.

- Punkt 5 Betr.: Ortsgericht Waldems II – Amtsablauf des Ortsgerichtsschöffen Bernd Schäfer am 12.02.2014;
- Beschlussempfehlung GVO vom 24.02.2014

Bürgermeister Scherf berichtete seitens des Gemeindevorstandes, dass das Amtsgericht Idstein der Gemeinde Waldems mitgeteilt habe, dass die Amtszeit des Ortsgerichtsschöffen des Ortsgerichtes Waldems II, Herrn Bernd Schäfer, ausgelaufen sei. Herr Schäfer habe sich bereit erklärt, für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Dafür sprach er dem Anwesenden seinen Dank aus. Der Gemeindevorstand empfiehlt, dem Amtsgericht Idstein Herrn Bernd Schäfer als Ortsgerichtsschöffe für das Ortsgericht Waldems II für eine weitere Amtszeit vorzuschlagen.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass der HFA der Empfehlung des Gemeindevorstandes gefolgt sei und dem Gemeindeparlament einstimmig empfehle, Herrn Bernd Schäfer für eine weitere Amtsperiode dem Amtsgericht Idstein als Ortsgerichtsschöffe des Ortsgerichtes Waldems II vorzuschlagen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig mit 21 Ja-Stimmen wird dem Amtsgericht Idstein Herr Bernd Schäfer für eine weitere Amtsperiode als Ortsgerichtsschöffe des Ortsgerichtes Waldems II vorgeschlagen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung beglückwünschte Herrn Schäfer und sprach ihm seinen Dank für die Bereitschaft aus, eine weitere Amtsperiode als Ortsgerichtsschöffe zu fungieren.

- Punkt 6 Betr.: Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland;
- Beschlussempfehlung GVO vom 24.02.2014

Bürgermeister Scherf berichtete seitens des Gemeindevorstandes, dass man die Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland im Gremium diskutiert habe. Die Charta sei auf den Weg gebracht worden, um ein menschenwürdiges Sterben zu ermöglichen. Der Verein sei erfreut, wenn möglichst viele dieses Anliegen moralisch unterstützen würden. Verschiedene Kommunen sind der Charta bereits beigetreten. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament den Beitritt zur Charta.

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss. Dem Ausschuss haben die entsprechenden Unterlagen vorgelegen. Bei den Leitsätzen sei es zu kontroversen Diskussionen gekommen. Die FWG-Fraktion hatte Probleme mit dem letzten Absatz des Leitsatzes 1 der Charta, der da lautet: „Wir werden uns dafür einsetzen, ein Sterben unter würdigen Bedingungen zu ermöglichen und insbesondere den Bestrebungen nach einer Legalisierung der Tötung auf Verlangen durch eine Perspektive der Fürsorge und des menschlichen Miteinanders entgegenzuwirken. Dem Sterben als Teil des Lebens ist gebührende Aufmerksamkeit zu schenken“. Mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung habe der Ausschuss dem Beitritt zur Charta zugestimmt und empfehle dem Gemeindeparlament gleichlautende Beschlussfassung.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion erläuterte, dies sei ein sensibles Thema. Eine gute Palliativmedizin sei wichtig. Dies sei unbestritten. Die Charta werde auch nicht in Frage gestellt. Lediglich mit letzten Absatz des ersten Leitsatzes habe seine Fraktion ein Problem. Man sei der Meinung, dass diese Entscheidung jedem persönlich vorbehalten sein sollte.

ABSTIMMUNG:
Mit 16 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und 2 Nein-Stimmen wird der Beitritt zur Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland beschlossen.

- Punkt 7 Betr.: Wahlen;
 hier: Bürgermeisterwahl;
 • Beschlussempfehlung GVO vom 24.02.2014

Bürgermeister Scherf berichtete seitens des Gemeindevorstandes, dass dieser folgenden Beschlussvorschlag unterbreitet:

„Das Gemeindeparlament legt den Wahltermin für die nächste Bürgermeisterwahl in der Gemeinde Waldems auf den 30.11.2014 fest. Eine eventuelle Stichwahl findet am 14.12.2014 statt.“

Herr Humm berichtete aus dem Haupt- und Finanzausschuss, dass man sich der Empfehlung des Gemeindevorstandes im Ausschuss einstimmig angeschlossen habe und dem Gemeindeparlament gleichlautende Beschlussfassung empfehle.

ABSTIMMUNG: Der Beschlussvorschlag des Gemeindevorstandes wird mit 21 ja-Stimmen angenommen.

- Punkt 8 Betr.: Haushaltssicherungskonzept
 • Beschlussempfehlung GVO vom 05.03.2014

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt erläutert Herr Nägele, dass der Haushalt 2014 im Februar beschlossen wurde, jedoch ohne Haushaltssicherungskonzept. Dieses sei jedoch erforderlich und der Gemeindevorstand habe nun dieses Haushaltssicherungskonzept vorgelegt.

Bürgermeister Scherf berichtete seitens des Gemeindevorstandes, man habe sich nochmals mit dem Haushaltssicherungskonzept befasst und dieses überarbeitet. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament, dem Haushaltssicherungskonzept in der nun vorliegenden Form zuzustimmen.

Herr Humm berichtete aus der gemeinsamen Sitzung des UBPA und des HFA. Man habe das Haushaltssicherungskonzept intensiv diskutiert. Es kam neben dem GVO-Antrag zu zwei weiteren Anträgen. Die CDU-Fraktion beantragte, die Grundsteuer A und B nicht zu erhöhen und die Gewerbesteuer auf 370 % anzuheben. Dieser Antrag wurde sowohl vom HFA als auch vom UBPA mehrheitlich abgelehnt. Die SPD-Fraktion beantragte, die freiwilligen Leistungen nicht um 20.000,00 Euro zu kürzen und die Gewerbesteuer auf 365 % anzuheben. Dieser Antrag wurde ebenfalls sowohl im HFA als auch im UBPA mehrheitlich abgelehnt. Die Vorlage des Gemeindevorstandes wurde mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen in einer gemeinsamen Abstimmung von HFA und UBPA angenommen. Dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen.

Herr Dr. Nickel von der SPD-Fraktion begründete die Haltung seiner Fraktion, die freiwilligen Leistungen nicht zu reduzieren, da dies das falsche Signal sei und wenn nötig, die Gewerbesteuer auf 365 % anzuheben. Die freiwilligen Leistungen würden ein Stück Lebensqualität in Waldems ausmachen. Auch möchte er das ehrenamtliche Wirken in der Kommune so nicht behandeln. Er brachte erneut seinen Antrag ein, die freiwilligen Leistungen nicht zu reduzieren und die Gewerbesteuer auf 365 % festzusetzen.

Herr Harpf von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erläuterte, das Haushaltssicherungskonzept sei eine Auflage der Kommunalaufsicht, um hier eine Haushaltsgenehmigung zu erhalten. Es sei eine Absichtserklärung, Einzelmaßnahmen sollten in der Haushaltsdebatte 2015 diskutiert werden. Durch verschiedene Änderungen könnten sich hier durchaus auch Verschiebungen ergeben. Die Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ werde dem Haushaltssicherungskonzept in der vorliegenden Form zustimmen.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion erklärte, seine Fraktion sei durchaus der Meinung, dass man über Einzelheiten reden sollte. Der wesentliche Grund für die ablehnende Haltung seiner Fraktion sei, dass für die großen Einnahmeblöcke viel zu positive Einnahmen getroffen worden seien. Seine Fraktion wünsche sich ein Haushaltssicherungskonzept, in dem man auch etwas Strukturelles, Nachhaltiges und Richtungsweisendes erkennen könne. Da dies nicht der Fall sei, werde sie sowohl den Einzelanträgen als auch dem Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen.

Herr Joachim Nickel von der CDU-Fraktion erklärte, der Antrag seiner Fraktion habe leider in den Ausschüssen keine Mehrheit gefunden, die dritte Erhöhung in Folge bei den Grundsteuern aus dem Konzept zu nehmen. Gebührenerhöhungen könnten nicht das einzige Mittel sein. Bezüglich der freiwilligen Leistungen verwies er darauf, dass die nächsten Haushaltsberatungen wegweisend sein werden. Auch das vorzulegende Personalkonzept sprach er in diesem Zusammenhang an. Seine Fraktion werde dem Konzept zustimmen mit der Maßgabe, dass dies nicht bedeutet, dass man mit jedem Punkt einverstanden sei.

Herr Dönmez von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erläuterte, dass die Fraktionsgemeinschaft nicht Einzelheiten diskutieren möchte, bedeute, dass man keine erneute Haushaltdebatte führen möchte. Außerdem habe man zusammen über Fraktionsgrenzen hinweg das Maß der Einkommensteuer auf ein realistisches Maß reduziert. Hätten wir die Einkommensteuer nicht auf ein realistisches Maß gesetzt, wäre der Haushalt heute ausgeglichen. Die erste Version des Haushaltssicherungskonzeptes sei nicht ausreichend gewesen; daher wurde es auch nicht beraten. Bezüglich der Gewerbesteuer verwies er darauf, dass es noch ein paar freie Plätze im Gewerbegebiet „Lind II“ gibt. Die Mehrheit der Fraktionsgemeinschaft werde dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

Bürgermeister Scherf erklärte, dass viele der Argumente zutreffen. Er gab jedoch zu bedenken, dass wir uns – ebenso wie andere Kommunen – durch äußere Einflüsse in diesen misslichen Lagen befinden. In diesem Zusammenhang verwies er auf Kürzungen von Landesseite, neue durch Bund oder Land auf die Kommunen übertragene Aufgaben und deren Kosten (z. B. bei der Kinderbetreuung und der Doppik).

ABSTIMMUNGEN:

Antrag der SPD-Fraktion (S. 7): Als Ausgleich Erhöhung des Gewerbesteuersatzes auf 365 %.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Dieser Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion (S. 10): Streichung des Abschnittes „Freiwillige Leistungen“.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Dieser Antrag wurde mit 8 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

Gesamtabstimmung über das vom Gemeindevorstand vorgelegte Haushaltssicherungskonzept.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 18 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen wurde dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept zugestimmt.

Punkt 9 Betr.: Aufstellung des Sachlichen Teilplans „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main; hier: Beteiligung der Öffentlichkeit und der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen nach § 6 Abs. 2 und 3 HLPg in Verbindung mit § 10 ROG; frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und Kommunen nach § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbarkommunen nach § 2 Abs. 2 BauGB für das Gebiet des Regionalen Flächennutzungsplans

- Beschlussempfehlung GVO vom 10.03.2014

Bürgermeister Scherf erläuterte seitens des Gemeindevorstandes, dass man zur Kenntnis genommen habe, dass eine Stellungnahme seitens der Gemeinde Waldems bis zum 25.04.2014 an den RP abgegeben werden sollte. Von den drei ursprünglich potentiellen Flächen für Windkraft in Waldems sei lediglich der Dinkelstein in den Regionalplan aufgenommen worden. Der Gemeindevorstand empfiehlt dem Gemeindeparlament mehrheitlich dem vorliegenden Regionalplan zuzustimmen.

Herr Humm berichtete aus dem UBPA, dass man mit Bedauern zur Kenntnis genommen habe, dass nur noch der Dinkelstein in den Regionalplan aufgenommen wurde. Man habe im Ausschuss eine kontroverse Diskussion geführt. Dabei sei es zu drei Abstimmungen gekommen. Der GVO-Antrag fand mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Zustimmung im Ausschuss; dem Gemeindeparlament wird gleichlautende Beschlussfassung empfohlen. Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, den Dinkelstein aus dem Regionalplan herauszunehmen. Dieser wurde mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt. Die FWG-Fraktion stellte den Antrag, den Abstand zu Wohngebäuden im Einzelfall auf maximal 800 m festzusetzen. Dieser wurde mit 3 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

In einem persönlichen Redebeitrag betonte Bürgermeister Scherf, dass er natürlich nicht gegen Windkraft sei. Der Dinkelstein sei jedoch einer der schlechtesten Standorte, zumal wir dort ein forstwirtschaftlich wertvolles Gebiet vorfinden sowie Vorkommen von Milanen, Schwarzstörchen und nachgewiesene Fledermausarten in der Umgebung zu verzeichnen sind. Insofern sei von einem hohen Genehmigungswiderstand von seiten der Naturschutzbehörde und des Forstes auszugehen. Auch Abstandgründe seien hier hinderlich. Insofern sehe er keinen Sinn, diesen Standort beizubehalten.

Herr Dönmez von der Fraktionsgemeinschaft „Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Bürgerliste Waldems“ erklärte, die Fraktionsgemeinschaft werde dem Vorschlag des Gemeindevorstandes zustimmen. In 14 Sitzungen des Arbeitskreises Energie habe man die Thematik behandelt, unzählige Diskussionen geführt und schließlich sei man diesen Weg mit der Firma Windwärts gegangen. Ein Zwischenbericht liege vor, jedoch kein Abschlussbericht. Inzwischen sei von der Firma Insolvenz angemeldet worden. Er sah in Waldems noch nicht das Ende des Prozesses.

Frau Volkmar von der CDU-Fraktion erläuterte, ihre Fraktion sehe nicht den Bedarf, die Fläche Dinkelstein aus dem Regionalplan herauszunehmen, zumal eine eventuelle Streichung durch die Regionalversammlung erfolgen würde. Man sehe den Dinkelstein auch deshalb als unproblematisch an, weil die Fläche der Gemeinde gehöre und man so Herr des Verfahrens sei. Sie sieht die Realisierung der Anlage derzeit als eher unwahrscheinlich an. Im Übrigen spreche sich die CDU-Fraktion von jeher dafür aus, eine Realisierung von Windkraftflächen nur in Verbindung mit einem Bürgerentscheid durchzuführen.

Herr Humm von der SPD-Fraktion erläuterte, seine Fraktion würde gerne die Fläche Dinkelstein aus dem Regionalplan herausnehmen. U. a. sprach er die eventuelle Gesundheitsgefährdung und die fehlende Wirtschaftlichkeit an. Außerdem seien Windparks im Wald nicht erstrebenswert. Er stelle seitens seiner Fraktion den Antrag, den RP aufzufordern, die Fläche Dinkelstein aus dem sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main herauszunehmen.

Herr Schwenk von der FWG-Fraktion sah hier keine fehlende Wirtschaftlichkeit. Als Gemeindevertreter sei man aufgefordert, verschiedene Interessen abzuwägen. Die Gemeinde Waldems wollte sich hier einbringen durch Anmeldung von entsprechenden Flächen. Die Energiewende sei ein großes Thema. Wir sollten uns diese Möglichkeit offen halten.

Aufgrund von Unklarheiten über die zur Abstimmung vorliegenden Anträge unterbrach der Vorsitzende die Sitzung vor Eintritt in die Abstimmung für 10 Minuten. Nach Wiederaufnahme kam es zu folgenden Abstimmungen:

ABSTIMMUNGEN:

ÄNDERUNGSANTRAG DER SPD-FRAKTION: Dem sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen wird seitens der Gemeinde Waldems nicht zugestimmt. Der RP ist aufgefordert, die Fläche am Dinkelstein aus dem sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen herauszunehmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 8 Ja-Stimmen und 13 Nein-Stimmen wird dieser Antrag abgelehnt.

BESCHLUSSEMPFEHLUNG DES HFA, dem sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main in der vorliegenden Form zuzustimmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Mit 12 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung stimmte das Gemeindeparlament dem sachlichen Teilplan „Erneuerbare Energien“ des Regionalplans Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplans für das Gebiet des Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main zu.

Da die HFA-Empfehlung angenommen wurde, entfiel eine Abstimmung über die GVO-Empfehlung (Zustimmungs-Empfehlung zum Teilplan sowie Anmerkungen zu den Nachteilen des Standortes Dinkelstein).

Die Tagesordnung der 20. Sitzung war damit erledigt.

Der Vorsitzende Herr Nägele schloss die Sitzung um 21.25 Uhr.



Raoul Nägele
Vorsitzender



Brigitte Hörning
Schriftführerin